

Die Frage der Kohlenversorgung.

□ Berlin, 23. Oktober. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die verstärkte Haushaltskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses begann heute die Verhandlung der Frage der Kohlenversorgung in Erledigung des Antrags Dr. Friedberg und Grunow. Der erste Berichterstatter, Abgeordneter Althoff, sagte: Trotz der im Verhältnis zur Notwendigkeit ungenügenden Vermehrung der Belegschaften in den Kohlenbergwerken sei es gelungen, die Förderungsförderung beinahe zu erreichen. Im Verkehrsweisen wolle man die Eisenbahnen zugunsten des Wasserweges entlasten, die vorhandenen Betriebsmittel voll ausnützen, den Verkehr zusammenfassen und unnötige Transporte vermeiden. Der Verkehr auf den Wasserstraßen habe aus Mangel an ausgebildetem Personal und wegen Mangels an Schlepptraft, insbesondere beim staatlichen Schlepptomopol, den Ansprüchen nicht immer genügt. Die Kohlenfrage sei zurzeit eine Verkehrsfrage, und von ihrer Lösung hänge die Möglichkeit einer genügenden Kohlenversorgung ab.

Der zweite Berichterstatter, Abg. Stull, bedauert den tatsächlichen Kohlenmangel an den Verbrauchsstätten, trotzdem die Kohle vorhanden sei. Um die Freigabe von Bergarbeitern von der Front zu ermöglichen, müßten Mannschaften an die Front geschickt werden, die in der Heimat entbehrlich oder durch Hilfsdienstpflichtige zu ersetzen seien. Zur Erhaltung der Arbeitskraft der Bergarbeiter müßten, wie für die Munitionsarbeiter, die erforderlichen Lebensmittel bereitgehalten werden. Kohlenstreiks müßten auf jeden Fall verhindert werden. Neben der nicht zu vermeidenden Belieferung neutraler Länder dürfe das Inland nicht zurückgesetzt werden. Auch müssen aus den verbündeten Ländern Kohlen heringebracht werden, wo solche vorhanden seien, z. B. aus Bulgarien. Die Kohlenpreise sind derartig gestiegen, daß erwogen werden muß, ob der ärmeren Bevölkerung, besonders den Kriegerfrauen, auch für Kohlen Unterstützung gewährt werden müsse.

Der Minister für Handel und Gewerbe erklärte, der Ausbruch des Krieges brachte zunächst einen starken Rückgang in der Kohlenförderung, die indessen durch eine Reihe von Maßnahmen im Laufe der Zeit derartig gesteigert werden konnte, daß zurzeit annähernd soviel Kohlen im Inlande zur Verfügung stehen wie im Frühjahr 1914. Wenn diese Produktion trotzdem nicht ganz ausreicht, so ist dies dem infolge der Anforderungen der Kriegsindustrie erheblich gestiegenen Bedarf zuzuschreiben. Die Produktion an Braunkohle entspricht dem angemeldeten Bedarf. Unter den getroffenen Maßnahmen zur Steigerung der Förderung sind hervorzuheben: Zurückstellung von Gesteinsarbeiten, Verlegung der Belegschaften von ungünstigen Gewinnungspunkten auf gute Flöze, Erleichterung der Lebenshaltung der Bergarbeiter. Was die Kohlenausfuhr betrifft, so kommt der größte Teil der ausgeführten Kohlen unsern Bundesgenossen, namentlich Oesterreich-Ungarn, und den okkupierten Gebieten zu, während die auf die neutralen Nachbarn entfallenden Mengen im Verhältnis zum Gesamtverbrauch nicht sehr erheblich sind. Die ausgeführte Kohle ist lediglich ein Austausch-

mittel für notwendige Inlandsbedürfnisse. Eine nennenswerte Steigerung der Förderung ist unter den gegebenen Verhältnissen kaum zu erwarten, da die verhindernden Momente auch in Zukunft in Wirksamkeit bleiben werden.